

Jürgen Ensch

Institutionelle Mitbestimmung und Arbeitnehmereinfluß

B 49 050



Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

Carl Heymanns Verlag KG · Köln · Berlin · Bonn · München

Inhalt

Vorwort	V
Einleitung	1
1. Teil Die gesellschaftsrechtliche Unternehmensordnung als Grundlage des MitbestG	5
1. Kapitel Gesellschaftsrechtliche Entscheidungskompetenzen und Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen	7
§ 1 Gesellschaftsrechtliche Unternehmensordnungen	9
I. Mitunternehmergemeinschaften	9
II. Anlagegesellschaften	10
§ 2 Die aktienrechtliche Verfassung zwischen Anstalts- und Verbandsordnung ..	12
I. Geschichtliche Entwicklung der aktienrechtlichen Organisationsstruktur	13
1. Oktroisystem	13
2. Leitidee vom demokratischen Aktionärsverband	14
3. Das Unternehmen an sich	17
II. Zweck- und Verbandsverfassung der Aktiengesellschaft	21
1. Die Richtlinienbestimmung des § 70 AktG 1937 und ihre Bedeutung für das AktG 1965	21
2. Aktienrechtliche Organisationsstruktur und Unternehmenszielsetzung	24
a) Die institutionelle Lösung des AktG 1965	24
b) Leitungsmacht des Vorstands und Sozialbindung des Unternehmens	25
c) Aktienunternehmen und Aktionärsverband	27
2. Kapitel Die gesellschaftsrechtliche Stellung des Aufsichtsrats und die Interessenbindungen seiner Mitglieder	31
§ 3 Das Problem gesellschaftsbezogener Verhaltensanforderungen und innerverbandlicher Legitimationsbeziehungen	31
I. Rechtsbeziehungen der Aufsichtsratsmitglieder und Organeigenschaft des Aufsichtsrats	31
II. Das Gesellschaftsinteresse bzw. Unternehmensinteresse als höhere Wertkategorie für das Verhalten von Aufsichtsratsmitgliedern	34
1. Ursprung: Grenzen mitgliedschaftlicher Mehrheitsmacht	34

2. Das Gesellschaftsinteresse als Verhaltensrichtlinie für Verwaltungsorgane	36
3. Das Unternehmensinteresse als höhere Wertkategorie und Verhaltensrichtlinie	38
§ 4 Der Aufsichtsrat – ein gesellschaftsrechtliches Repräsentativorgan	41
I. Das Aufsichtsratsmitglied als Repräsentant der Aktionäre und Organwalter des Aufsichtsrats	42
1. Repräsentation der Aktionäre	42
2. Der Aufsichtsrat als Repräsentativorgan	43
a) Verhältnis von Repräsentation und Organwalterstellung	43
b) Die Stellung des Aufsichtsrats im aktienrechtlichen Kompetenzgefüge	44
aa) Kontrollfunktion des Aufsichtsrats	45
bb) Mitentscheidungsbefugnisse	46
cc) Zustimmungsvorbehalte	47
II. Der Einfluß der Repräsentation auf Verhaltensmaximen von Aufsichtsratsmitgliedern	48
1. Die dynamische Stellung des Aufsichtsrats und die persönlichkeitsabhängige Haltung seiner Mitglieder	48
2. Bindung an den Gesellschaftszweck	49
§ 5 Rechtsbeziehungen der Aufsichtsratsmitglieder zur Gesellschaft	53
I. Die Rechtsbeziehungen der Aufsichtsratsmitglieder zum Aufsichtsratsamt	53
1. Der Aufsichtsrat als Inhaber eigener Rechte und Pflichten	53
2. Das Aufsichtsratsmitglied als Amtsträger und Organwalter	54
II. Das Rechtsverhältnis der Aufsichtsratsmitglieder zur Gesellschaft	55
1. Vertrags- und Amtstheorien	57
2. Gesetzliches Schuldverhältnis	58
III. Pflichten gegenüber der Gesellschaft und entscheidungsbezogene Verhaltensmaßstäbe	63
1. Regelungstechnik des § 93 AktG und gesetzgeberische Leitmaxime	64
a) Absolute Ge- und Verbote	64
b) Gläubigerschutz	65
2. Der Typus des ordentlichen und gewissenhaften Aufsichtsratsmitglieds	66
a) Gesetzliche Leitmaximen für Aufsichtsratsmitglieder	66
b) Leitmaximen aus § 93 Abs. 1 Satz 1 AktG	67
aa) Aufgabenbereiche des Aufsichtsrats und Leitmaximen	67
bb) Zielvorschriften aus § 93 Abs. 1 Satz 1 AktG	68
cc) Das Gesellschaftsinteresse als bewegliche Schranke	70
2. Teil Die mitbestimmte Unternehmensordnung	73
3. Kapitel Die Stellung der Arbeitnehmer in der Unternehmensordnung nach dem MitbestG	75
§ 6 Grundkonzeptionen des MitbestG	76

I. Das MitbestG als integrative Mitbestimmungsregelung	76
1. Betriebsrätegesetz 1920 und Folgeregelungen	76
2. Integrative Mitbestimmungsgesetzgebung	77
II. Die Stellung des MitbestG im geltenden Rechtsgefüge	78
1. Sonderrecht für Großunternehmen	78
2. Grundgedanken des MitbestG	79
a) Gleichberechtigte Teilnahme auf der Grundlage des geltenden Gesellschaftsrechts	79
b) Mitbestimmungskonzeptionen	80
aa) arbeitsrechtliche Betrachtungsweise	81
bb) unternehmensrechtliche Lösung	81
c) Das MitbestG als unternehmensrechtliche Teilregelung	83
aa) Unterparität und Unternehmensrecht	84
bb) Aufsichtsratsbesetzung und Legitimation der Unternehmensleitung	85
cc) Sozialordnungsrecht	87
dd) Sitzgarantien im mitbestimmten Aufsichtsrat	88
§ 7 Das Verhältnis des MitbestG zur gesellschaftsrechtlichen Unternehmensordnung	91
I. Rechtsmethodische Bewältigung divergierender Ordnungsvorstellungen	92
1. Prinzipienwiderstreit und Kompromißgesetz	92
2. Harmonisierende Auslegung	95
II. Das Verhältnis von Unternehmen und Trägergesellschaft	96
1. Wandlung zum Unternehmen(sverband)?	96
2. Die mitbestimmte Unternehmensordnung	100
a) Koexistenz von kapitalmäßiger Zuordnung und unternehmensrechtlichem Handlungsprogramm	100
b) Legitimationsergänzung des aktienrechtlichen Vorstands	103
c) Die mitbestimmte GmbH	104
4. Kapitel Der mitbestimmte Aufsichtsrat und die Interessenbindungen der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	107
§ 8 Aufsichtsrat und MitbestG: Problemstellung und Meinungsstand	107
I. Funktionswandel des mitbestimmten Aufsichtsrats	107
II. Auswirkungen auf die Binnenstruktur des Aufsichtsrats	108
III. Meinungsstand	110
1. Strenge Integrationstheorie	110
2. Die Lehre vom interessenpluralistischen Aufsichtsrat	111
a) Modifizierte Integrationstheorien	112
aa) Das Unternehmensinteresse als normative Begrenzung einseitiger Interessenverfolgung	113
bb) Das Unternehmensinteresse als prozessuale Leitlinie	114
b) Konflikttheorie	114

§ 9 Die Rechtsbeziehungen gegenüber den Wahl- und Abberufungsberechtigten	116
I. Verbands- oder Zweckdenken im mitbestimmten Aufsichtsrat?	116
II. Die Unternehmensbelegschaft als Träger der Mitbestimmung und eigenständig verfaßte Interessenordnung	117
1. Übertragung betriebsverfassungsrechtlicher Grundgedanken	118
2. Die Befugnisse der Arbeitnehmer nach dem MitbestG und die soziale Selbstverwaltung	120
a) Wahlrecht der Belegschaft und Einheit von Betrieb und Unternehmen	121
b) Das gesellschaftsrechtliche Abberufungsrecht und das Verständnis der Belegschaft als Subjekt der Mitbestimmung	121
c) Aktienrechtliches Organisationsrecht, Demokratie und Belegschaftsordnung	123
III. Das Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer als Repräsentant der Unternehmensbelegschaft	126
1. Die Wahlsituation der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer: Grundsatz der Belegschaftswahl	127
2. Grundsatz der Belegschaftsnähe	128
a) Belegschaftsnähe	128
b) Soziologische Verankerung in der Belegschaft	128
3. Politische Einheit der Arbeitnehmerbank	130
§ 10 Pluralistische Repräsentation im Aufsichtsrat	132
I. Das MitbestG und die Geltung gesellschaftsrechtlicher Strukturgrundsätze des Aufsichtsrats	133
1. Verweisungstechnik der §§ 6, 25 MitbestG auf die aktienrechtlichen Aufsichtsratsbestimmungen	133
2. Der aktienrechtliche Gleichheitsgrundsatz und der mitbestimmte Aufsichtsrat	134
3. Gesellschaftsrechtliches Homogenitätsprinzip und MitbestG	134
a) Homogenität und einheitliche Pflichtmaxime	134
b) Der einheitliche Interessenstandpunkt des Aufsichtsrats	135
aa) Aktienrechtliche Homogenität und Interessenpluralismus	135
bb) Wandlung des interessenpolitischen Hintergrunds durch das MitbestG	136
(1) Verzahnungsverfahren und prägender Charakter des MitbestG	136
(2) Die konflikttheoretischen Momente des MitbestG	136
II. Zielkonzeption des mitbestimmten Aufsichtsrats	138
1. Interessenpolitische Stellung des mitbestimmten Aufsichtsrats in der Ordnung des Unternehmens	139
a) Die homogene Geschäftsführung	139
b) Der mitbestimmte Aufsichtsrat als funktionaler Gegenpol zum Vorstand	140
c) Verbandsmäßige Kooperation und pluralistisches Repräsentativorgan	141

aa) Kooperation und Integration im mitbestimmten Aufsichtsrat als sozialer Prozeß	142
bb) Repräsentation unterschiedlicher Verbandsordnungen	142
2. Bindung an das Unternehmensinteresse als objektivem Verhaltens- maßstab »richtiger« Unternehmenspolitik	144
a) Der Konflikt zwischen Mitbestimmung und Organrechtsstellung	144
b) Lückenergänzung durch Unternehmensinteresse?	147
aa) Methodische Einwände	147
bb) Inhaltliche Einwände	148
 5. Kapitel Organrechtsstellung und mitbestimmungsbedingte Interessenkollisionsen	153
§ 11 Der Grundsatz einheitlicher Organmitgliedschaft	156
I. Mitgliedschaft in einem Kollegialorgan – Einlassungszwang und Kollegialitätsprinzip	156
II. Aktienrechtliche Normativkriterien für die Amtsausübung: Grundsatz der Unabhängigkeit, Höchstpersönlichkeit und Entscheidungssouveränität	158
1. Weisungsfreiheit	158
2. Sachkunde im Aufsichtsrat und das Prinzip kollegialer Meinungsbildung	160
§ 12 Belegschaftseinfluß im Unternehmen und konkurrierende Formen der Arbeitnehmerbeteiligung	164
I. Der mitbestimmte Arbeitgeber des kollektiven Arbeitsrechts	164
1. Kumulation der Beteiligungsformen	164
2. Beeinträchtigung »paritätischer« Handlungssysteme	165
3. Lösungsansatz: Unterbinden von Mitbestimmungseinfluß	167
II. Rechtliche Bestimmungsfaktoren für ein Zurückdrängen von Arbeitnehmereinfluß	169
1. Ordnungsrechtliche Konfliktlösungsmittel und Mitbestimmungsgesetzgebung	169
a) Reduktion von Mitbestimmungsbefugnissen im BetrVG	170
b) Analogie zu den §§ 34 BGB, 32 MitbestG – »systemkonforme« Ansätze?	171
aa) § 32 MitbestG	171
bb) § 34 BGB	172
2. Betriebsverfassung und Arbeitnehmereinfluß nach dem MitbestG	174
a) (Verfassungswidrige) Überparität	174
b) Einfachgesetzliche Systemkollision von BetrVG und MitbestG	176
3. Tarifvertragssystem und Unternehmensmitbestimmung	178
a) Kernbereichsgarantie des Art. 9 Abs. 3 GG und Unternehmensmitbestimmung	178
b) Verfassungsrechtliches Trennungspostulat	179
c) Einfachgesetzliche Interessenkollision	180
aa) Legitimationsdefizit der Unternehmensmitbestimmung bei Verfolgung tarifpolitischer Zielvorstellungen	181

bb) Gesellschaftsrechtliche Interessenkollision und Trennungsprinzip	182
(1) Die §§ 116, 93 AktG als objektive Interessenwahrungspflichten	182
(2) Parallele Streikbeteiligung	183
(3) Trennungsprinzip und Unternehmensmitbestimmung	184
III. Mittel der Konfliktbewältigung	188
1. Gesellschaftsrechtliche Behandlung von Interessenkollisionen bei Überschneidungen zum Tarifvertragsbereich	188
2. Rollenüberforderung	190
a) Zwingender Stimmrechtsausschluß	191
b) Fakultativer Stimmrechtsausschluß – Recht auf Stimmenthaltung	193
§ 13 Belegschaftsrepräsentanz und Information	195
I. Allgemeines	195
1. Sachverhalt: Legitimationsorientierte Informationspolitik	196
2. Problemlage: Organrechtsstellung und MitbestG	197
a) Organrechtsstellung betroffen	197
b) Spannungsverhältnis von Gesellschafts- und Mitbestimmungsrecht	197
3. Problemlösungen	199
II. Ordnungsrechtliche Vorgaben aus AktG und MitbestG	200
1. Aktienrechtliche Unternehmensordnung und Informationspolitik	202
a) Der Vorstand als Träger der Informationspolitik	202
b) Der Aufsichtsrat als Innenorgan	203
2. Mitbestimmungsrechtliche Folgewirkungen	205
a) Institutionelle Mitbestimmung und aktienrechtliche Zuständigkeitsordnung	205
b) Unabhängigkeit des Aufsichtsrats als funktionalem Gegenpol des Vorstands	206
III. Informierungsverhalten einzelner Aufsichtsratsmitglieder und Zuständigkeitsordnung des Unternehmens	208
1. Informierungsrechte	209
a) Einheit von Organ-, Organwalter- und Repräsentantenhandeln	209
b) Belegschaftsrepräsentanz und Informierungsrecht	209
c) Allgemeine Handlungs- und Meinungsfreiheit	210
2. Pflichtinhalte und -maßstäbe	212
a) Organzuständigkeiten und Treuepflichten nach § 93 Abs. 1 Satz 1 AktG	212
b) Inhalt und Bedeutung der aktienrechtlichen Verschwiegenheitspflicht	214
aa) Gesetzliche Konkretisierung des § 93 Abs. 1 Satz 1 AktG	215
bb) Pflicht zur Amtsverschwiegenheit	217
(1) Ausgangspunkt: Gesetzlich legitimierte Amtsstrukturen	217
(2) Schutzgut: Amtsführung im Sinne des Auftrags	217
(3) Regelungsinhalt: Echte Verhaltenspflicht	218

(4) Organschaftliche Bewegungsfreiheit und Verschwiegenheitspflicht	218
(5) Individuelle Natur der Verschwiegenheitspflicht	218
(6) Gleichstellung in § 116 AktG	220
IV. Beurteilungskriterien legitimationsorientierten Informierungsverhaltens	221
1. Verschwiegenheitspflicht	221
a) Geheimhaltungsbedürftigkeit	221
b) Sonderfälle	223
aa) Information betrieblicher Arbeitnehmervertretungen	223
bb) Information aus Eigeninteressen	223
2. Bindung an die Zuständigkeitsordnung des Unternehmens	224
a) Kein absolutes Rede- oder Kommunikationsverbot	224
b) Schranken aus der aktienrechtlichen Kompetenzverteilung	225
aa) formelle Schranken	226
bb) inhaltliche Schranken	226
c) Notgeschäftsführung	227
Zusammenfassung der Ergebnisse	229
Abkürzungen	235
Literatur	239
Sachregister	265